

„Aktionsbündnis Schule“ – Lehrer- und Elternorganisationen wehren sich gegen die Einheitsschule in NRW

Das „Aktionsbündnis Schule“, dem auch der *Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)* angehört, versteht sich als Bündnis gegen den Qualitätsabbau im nordrhein-westfälischen Bildungswesen. Ende Januar 2005 schlossen sich mehrere Lehrerverbände, Elternorganisationen, Schulleitervereinigungen und andere im Bildungswesen tätige Gremien zusammen, um gemeinsam aktiv zu werden und auf die Irrwege in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik hinzuweisen.

Der VkdL hatte bereits im Vorfeld mit seiner Stellungnahme zum Schulgesetz, zur Grundschule und zur sonderpädagogischen Förderung eindringlich davor gewarnt, der von der Landesregierung eingeschlagenen Richtung zu folgen und hatte die neuen Gesetze abgelehnt. Dass entgegen dem Rat der Fachleute die ideologischen Ziele von der Landesregierung trotzdem verfolgt werden, ist bekannt.

Das Aktionsbündnis fordert, dass *Qualitätssicherung und -steigerung Maßstab für schulpolitische Entscheidungen in Nordrhein-Westfalen* sein muss. Zu den erklärten Zielen des Bündnisses gehören zum einen die *Erhaltung und Sicherung der Schulvielfalt*, um den unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Gleichzeitig wird mit Nachdruck die *Beibehaltung der schulformbezogenen Schulaufsicht* gefordert, da nur sie die notwendige Unterstützung und Beratung für die Schulen leisten kann. Die von der Landesregierung angestrebte umfassende Selbstständigkeit von Schulen führt nach Ansicht des VkdL verstärkt zu Unsicherheit und Chaos, zumal die grundlegenden Ressourcen fehlen.

Im Zentrum der Kritik steht das neue Schulgesetz in NRW, das der Einheitsschule den Weg bereitet. Die Errichtung einer schulformübergreifenden Schulaufsicht, die Gründung von so genannten „Verbundschulen“ und die starke Betonung schulform- und schulstufenübergreifenden Unterrichts sind schon sehr konkrete Schritte in diese Richtung.

Nach der Konzeption dieser „Verbundschulen“ kann der Schulträger in der Sekundarstufe I Schulen unterschiedlicher Schulformen organisatorisch zu einer Schule zusammenfassen. Der Unterricht kann (vorerst teilweise) schulformübergreifend erteilt werden. Die politischen Zeichen deuten jedoch darauf hin, dass die Landesregierung langfristig den schulformübergreifenden Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler einführen will. Auch hinsichtlich des zunehmend stufenübergreifend erteilten Unterrichts hat der VkdL massive Bedenken und befürchtet eine Nivellierung. Dieser Einstieg in eine Einheitsschule widerspricht dem Recht der Eltern auf freie Wahl der Schulform. Ein weiterer Qualitätsabbau im Bildungswesen ist damit vorhersehbar. Das Aktionsbündnis protestiert gegen die Umsetzung der rot-grünen Schul-Ideologie. Statt Strukturveränderungen durch die Hintertür einzuführen, müssen die Schulen endlich die erforderlichen personellen und sächlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Nur so kann das Land NRW seinem verfassungsrechtlich verankerten Bildungsauftrag nachkommen.

In Richtung Einheitsschule weist auch die Auflösung der bewährten schulformbezogenen Schulaufsicht. Ein funktionierendes System soll zerschlagen werden und mit hohem Kostenaufwand durch eine neue bislang sehr diffuse schulformübergreifende Schulaufsicht ersetzt werden. Die seitens des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder NRW propagierte Kostenneutralität der Reform der Schulaufsicht ist nachweislich völlig unrealistisch. Experten gehen von einer Verdreifachung der Kosten aus, so *Peter Silbernagel*, Vorsitzender des Philologenverbandes Nordrhein-Westfalen und Sprecher des Aktionsbündnisses. Die geplante Reform der Schulaufsicht sei „ineffizient, verfassungswidrig, besonders

kostenintensiv und qualitätsfeindlich“. Das Aktionsbündnis warnt vor einer damit einhergehenden Nivellierung des Schulwesens.

Die vorgesehenen Änderungen in den nordrhein-westfälischen Schulen stellen eine Verschwendung von Ressourcen dar: von Zeit, Energie und Geld, die an anderer Stelle nötig wären. Viel notwendiger für die Schulen wäre stattdessen eine bessere Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Kontinuität beim Arbeiten.

Das Aktionsbündnis kritisiert auch die Vorgehensweise der Regierungsfractionen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens. Diese brachten buchstäblich in letzter Minute Änderungsanträge, die tiefgreifende Veränderungen des Gesetz-Entwurfes und damit auch des Schulwesens bedeuten.

Das Aktionsbündnis plant in den nächsten Wochen, Politiker und Wähler, insbesondere auch Lehrkräfte und Eltern, über die Gefahren des Schulgesetzentwurfs aufzuklären, u.a. im Rahmen von Podiumsdiskussionen.

Presseerklärungen, Veranstaltungstermine, aktuelle Meldungen etc. können auf der Internet-Seite des Aktionsbündnisses unter der Adresse www.aktionsbuendnis-schule.de abgerufen werden.

Die Sorge um den Qualitätsabbau im Bildungswesen und die Zukunft unserer Kinder – das verbindet die mittlerweile **14 Mitgliedsorganisationen des Aktionsbündnisses:**

- Philologen-Verband NRW,
- Realschullehrerverband NRW,
- Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs,
- Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen,
- Verein katholischer deutscher Lehrerinnen,
- Landeselternschaft der Gymnasien,
- Landeselternschaft der Realschulen,
- Elternrat Hauptschulen NRW,
- Elternverein NRW,
- LERNEN FÖRDERN NRW,
- LSF Landesverband Schulischer Fördervereine NRW,
- Deutsche Hochschulverband Landesverband NRW,
- Rheinische Direktorenvereinigung,
- Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung.

Der VkdL-Landesverband NRW bittet die Kolleginnen vor Ort, das Aktionsbündnis zu unterstützen. Sie helfen damit, den Kindern und Jugendlichen eine bessere Schulbildung zu erhalten.

Nicole Diegelmann